

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald

Vom 7. Mai 1995 (Stand 1. September 2014)

Die Landsgemeinde,

gestützt auf Artikel 50 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über den Wald,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 * *Zweck*

¹ Dieses Gesetz ergänzt die Waldgesetzgebung des Bundes und regelt deren Vollzug. *

Art. 2 * *Vollzugsorgane*

¹ Der Regierungsrat bezeichnet die Vollzugsorgane, soweit sie nicht durch dieses Gesetz bestimmt werden.

Art. 3 *Mindestkriterien für Wald (Art. 2 Abs. 4 WaG)*

¹ Die Mindestkriterien für Wald sind:

- a. Fläche mit Einschluss eines zweckmässigen Waldsaumes: 800 m²;
- b. Breite mit Einschluss eines zweckmässigen Waldsaumes: 12 m;
- c. Alter der Bestockung auf Einwuchsf lächen: 20 Jahre.

2. Schutz des Waldes vor Eingriffen

2.1. Rodung und Waldfeststellung

Art. 4 * *Verfahren (Art. 4–7 WaG)*

¹ Das zuständige Departement entscheidet über Rodungsgesuche.

² Rodungsgesuche werden während 30 Tagen öffentlich aufgelegt; die Auflage wird im Amtsblatt ausgeschrieben.

³ Wer ein schutzwürdiges Interesse geltend macht, kann innerhalb der Auflagefrist beim zuständigen Departement Einsprache gegen das Rodungsgesuch erheben.

Art. 5 *Ersatzabgaben (Art. 8 WaG)*

¹ Ersatzabgaben gemäss Artikel 8 WaG sind dem kantonalen Fonds für Walderhaltung zuzuweisen.

IX E/1/1

Art. 6 *Ausgleich (Art. 9 WaG)*

¹ Für die durch Rodungsbewilligungen entstehenden Vorteile ist ein Ausgleichsbeitrag zu entrichten, der je zur Hälfte dem kantonalen Fonds für Walderhaltung und der Standortgemeinde zuzuweisen ist. Er entspricht der Hälfte des Mehrwerts.

² Das zuständige Departement setzt den Ausgleichsbeitrag nach Anhören der Standortgemeinden in der Rodungsbewilligung oder durch selbstständige Verfügung fest und regelt die Fälligkeiten und Zahlungsfristen. *

³ Für Vorhaben von besonderem öffentlichen Interesse kann ausnahmsweise auf die Erhebung eines Ausgleichsbeitrags verzichtet werden.

Art. 7 *Waldfeststellung (Art. 10 WaG)*

¹ *

² Besteht an der Waldfeststellung ein öffentliches Interesse, ist sie von Amtes wegen vorzunehmen.

³ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde erlässt eine Waldfeststellungsverfügung. Sie wird während 30 Tagen öffentlich aufgelegt und die Auflage im Amtsblatt ausgeschrieben. *

⁴ Wer ein schutzwürdiges Interesse nachweist, kann innerhalb der Auflagefrist bei der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde Einsprache erheben, welche darüber entscheidet. *

2.2. *Wald und Raumplanung*

Art. 8 * *Bauten und Anlagen im Wald (Art. 11 WaG)*

¹ Für die Erteilung der Baubewilligung für Bauten und Anlagen im Wald ist die Bewilligung der zuständigen Verwaltungsbehörde erforderlich. *

Art. 9 *Wald und Bauzone (Art. 13 WaG)*

¹ Bei der Revision von Nutzungsplänen gemäss kantonalem Raumentwicklungs- und Baugesetz¹⁾ ist ein Waldfeststellungsverfahren durchzuführen, wo Bauzonen an den Wald grenzen oder in Zukunft daran grenzen sollen. *

² Die festgestellten Waldgrenzen sind planerisch festzuhalten und zusammen mit dem Nutzungsplan in der Gemeinde während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.

³ Für das Einspracheverfahren gilt Artikel 7 Absatz 4 sinngemäss.

¹⁾ GS VII B/1/1

2.3. Betreten und Befahren des Waldes

Art. 10 Zugänglichkeit (Art. 14 WaG)

¹ Der Wald ist grundsätzlich der Allgemeinheit zugänglich.

² Vorrichtungen, die die Zugänglichkeit des Waldes einschränken, sind verboten. Ausgenommen sind Vorrichtungen, die im Interesse der Walderhaltung erstellt werden.

³ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde entscheidet nach Anhören der Waldeigentümer, der Standortgemeinden und der weiteren betroffenen Verwaltungsbehörden über Einschränkungen der Zugänglichkeit und Bewilligungen von Veranstaltungen gemäss Artikel 14 Absatz 2 WaG. *

⁴ Einer Bewilligung bedarf es für diejenigen Veranstaltungen, bei welchen die Zahl der zu erwartenden Personen 200 überschreitet. Sind Waldreservate betroffen, ist jede Veranstaltung bewilligungspflichtig.

Art. 11 Motorfahrzeugverkehr (Art. 15 WaG)

¹ Wald und Waldstrassen dürfen gemäss Artikel 15 Absatz 1 WaG nur zu forstlichen Zwecken mit Motorfahrzeugen befahren werden.

² Das zuständige Departement bezeichnet im Einvernehmen mit den Waldeigentümern, nach Anhören der zuständigen Gemeinderäte, der Eigentümer der Strassen und des Bodens jene Verkehrswege, die im Sinne von Artikel 15 WaG als Waldstrassen gelten. Dabei sind namentlich der tatsächliche Gebrauch, die Eignung der Strasse sowie die Herkunft der ausgerichteten Förderungsbeiträge zu berücksichtigen. *

³ Zusätzlich zu den durch den Bund festgelegten Ausnahmen kann die Kantonspolizei, im Einvernehmen mit der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde und den zuständigen Gemeinderäten und nach Anhören der Eigentümer der Strassen und des Bodens, die Benützung von Waldstrassen zu folgenden Zwecken gestatten, sofern die Strassenträgerschaft die Fahrbewilligungspraxis geregelt hat: *

- a. Land- und Alpwirtschaft;
- b. Unterhalt von Werken des öffentlichen Interesses;
- c. Jagd, insbesondere Abtransport von Schalenwild;
- d. weitere notwendige Dienste, die in Zusammenhang mit der zulässigen Nutzung des erschlossenen Gebietes stehen.

2.4. Schutz vor anderen Beeinträchtigungen

Art. 12 *Nachteilige Nutzungen (Art. 16 WaG)*

¹ Nachteilige Nutzungen, insbesondere Weidgang, Reutrechte, Reistrechte, Weg-, Durchfahrts- und Durchleitungsrechte, Niederhalten von Bäumen, Streuenutzung, nichtforstliche Kleinbauten und -anlagen, sind dann unzulässig, wenn sie die Funktionen oder die Bewirtschaftung des Waldes gefährden oder beeinträchtigen.

Art. 13 * *Waldabstand (Art. 17 WaG)*

¹ Der Mindestabstand von Bauten und Anlagen zum Waldrand beträgt 15 Meter. Vorbehalten bleiben andere Abstände nach Baulinien der Gemeinde gemäss dem Raumentwicklungs- und Baugesetz.

Art. 14 * *Umweltgefährdende Stoffe (Art. 18 WaG)*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde entscheidet nach Anhören der kantonalen Umweltschutzfachstelle über Bewilligungen zur Verwendung umweltgefährdender Stoffe gemäss Artikel 25 Absatz 1 WaV.

² Das zuständige Departement erlässt Weisungen betreffend den Vollzug der Vorschriften über umweltgefährdende Stoffe im Wald, am Waldrand sowie in forstlichen Pflanzgärten.

3. Schutz vor Naturereignissen

Art. 15 *Schutz vor Naturereignissen (Art. 19 WaG)*

¹ Wo es der Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten erfordert, sichern der Kanton und die Gemeinden die betroffenen Gebiete vor Lawinen, Rutschungen, Erosion, Steinschlag, Felssturz, Murgängen und Hochwasser. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch¹⁾ über die Wuhrpflicht und Offenhaltung der Wasserläufe.

² Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde sorgt für eine integrale Planung gemäss Artikel 17 Absatz 3 WaV. Sie koordiniert die Projekte und legt nach Absprache mit den weiteren betroffenen Verwaltungsbehörden die verwaltungsinternen Zuständigkeiten fest. *

³ Der Regierungsrat erlässt Richtlinien zum Schutz vor Naturgefahren. Sie beschreiben den Gefährdungsnachweis, die Risikobeurteilung und legen Schutzziele fest.

⁴ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde koordiniert die Errichtung der Frühwarndienste gemäss Artikel 16 WaV. *

¹⁾ GS III B/1/1

Art. 16 *Gefahrenkataster, Gefahrenkarte*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde führt ein Gefahrenkataster und eine Gefahrenkarte. Diese enthalten alle Naturgefahren, die Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährden können, namentlich Lawinen, Rutschungen, Erosion, Steinschlag, Felssturz, Murgang und Hochwasser. *

² Die Gemeinden berücksichtigen die Gefahrenkarten bei der Zonenplanung sowie bei allen übrigen raumwirksamen Tätigkeiten. *

³ Für die Erteilung von Baubewilligungen in Gefahrengebieten ist die Zustimmung der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens bzw. des Leitverfahrens gemäss der Raumentwicklungs- und Baugesetzgebung erforderlich. Sie wird abhängig gemacht vom Gefahren- und Schadenpotenzial, dem Risiko sowie den geplanten Schutzmassnahmen. *

4. Pflege und Nutzung des Waldes**4.1. Bewirtschaftung des Waldes****Art. 17 *** *Planungsvorschriften (Art. 20 WaG)*

¹ Der Regierungsrat regelt die überbetriebliche und betriebliche forstliche Planung nach Massgabe der Bundesgesetzgebung.

Art. 18 *Überbetriebliche forstliche Planung (Art. 20 WaG)*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde erarbeitet die überbetriebliche forstliche Planung unter Mitwirkung der Waldeigentümer, der Gemeinden, der Bevölkerung sowie der interessierten Verwaltungsstellen und Verbände. Dabei ist der kantonale Richtplan zu berücksichtigen. *

² Die bereinigte überbetriebliche forstliche Planung wird vom Regierungsrat genehmigt.

³ Generelle Planungen von forstlichen Verbauungen und Walderschliessungen sind Bestandteil der überbetrieblichen forstlichen Planung. Sie müssen während 30 Tagen bei der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde und in den Standortgemeinden öffentlich aufgelegt werden. Wer ein schutzwürdiges Interesse nachweist, kann bei der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde zuhanden des Regierungsrates Einsprache erheben. *

Art. 19 * *Forstliche Betriebsplanung*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde erarbeitet die forstliche Betriebsplanung unter Mitwirkung der Waldeigentümer. Dabei ist die überbetriebliche forstliche Planung zu berücksichtigen.

² Die forstliche Betriebsplanung wird vom zuständigen Departement und den Waldeigentümern beidseitig genehmigt.

IX E/1/1

³ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde übt die Kontrolle aus und ordnet die notwendigen Massnahmen an, wenn es die Walderhaltung erfordert oder wenn die Erfüllung der Waldfunktionen gefährdet ist.

Art. 20 *Waldreservate (Art. 20 Abs. 4 WaG)*

¹ Zum Schutz beziehungsweise zur Erhaltung besonders wertvoller Waldgebiete und Waldgesellschaften, bedrohter Pflanzen- und Tierarten, alter Bewirtschaftungsformen und wertvoller Landschaftselemente können im Rahmen der überbetrieblichen forstlichen Planung Waldreservate ausgeschieden werden.

² Wo es die Sicherung der Reservate erfordert, trifft das zuständige Departement mit den Waldeigentümern eine langfristige vertragliche Regelung. *

Art. 21 *Holznutzung (Art. 21 WaG)*

¹ Holzschläge und -nutzungen im Wald bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde. Diese kann durch ein Reglement die Kompetenz für Bewilligungen kleinerer Schläge und Nutzungen an die Revierförster und Revierförsterinnen delegieren. *

² Die Bewilligung kann insbesondere aus waldbiologischen und schutztechnischen Gründen an Auflagen und Bedingungen geknüpft werden.

³ Die Waldeigentümer benötigen für den eigenen Bedarf keine Bewilligung, sofern das Quantum unter 10 m³ pro Jahr liegt.

⁴ Die Waldeigentümer können in ihren Wäldern das Hauen und die Wegnahme von stehendem und liegendem Dürholz bis zu einem maximalen Stockdurchmesser von 20 cm gestatten.

Art. 22 * *Ausnahmen zum Kahlschlagverbot (Art. 22 WaG)*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde entscheidet über Ausnahmembewilligungen zum Kahlschlagverbot gemäss Artikel 22 WaG.

Art. 23 * *Forstliches Vermehrungsgut (Art. 24 WaG)*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde führt in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bundesamt einen kantonalen Kataster der Samenerntebestände und Genreservate.

² Die Gewinnung von forstlichem Vermehrungsgut wie Saatgut, Wildlinge, Stecklinge und dergleichen zu gewerblichen Zwecken bedarf des Einverständnisses der Waldeigentümer und der Bewilligung der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde.

³ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde kontrolliert die gewerbliche Gewinnung von Saatgut und Pflanzenteilen und stellt Herkunftszeugnisse aus.

Art. 23a * Veräusserung und Teilung von Wald

¹ Die Veräusserung von Wald im Eigentum von Gemeinden und Korporationen und die Teilung von Wald bedürfen der Bewilligung der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde.

4.2. Verhütung und Behebung von Waldschäden

Art. 24 * Allgemeine Waldschäden (Art. 27 Abs. 1 WaG)

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde veranlasst die forstlichen Massnahmen gegen die Ursachen und Folgen von Schäden, welche die Erhaltung des Waldes bzw. dessen Funktionen gefährden können.

² Sie vollzieht die den Wald und das Holz betreffenden Vorschriften der eidgenössischen Pflanzenschutzgesetzgebung.

Art. 25 * Schäden durch Wild (Art. 27 Abs. 2 WaG)

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde führt zur Beurteilung der am Wald verursachten Wildschäden zusammen mit den örtlichen Forstorganen Wildschadenerhebungen durch.

² Kann die Erhaltung des Waldes, insbesondere seine natürliche Verjüngung mit standortgerechten Baumarten, trotz Regulierung der Wildbestände ohne Schutzmassnahmen nicht gesichert werden, beschliesst das zuständige Departement ein Schadenverhütungskonzept und ordnet die zu treffenden Massnahmen an.

Art. 26 Schäden durch Feuer

¹ Das Feuern im Wald ist verboten.

² Sofern keine Gefährdungen des Waldes oder übermässigen Immissionen entstehen, sind Ausnahmen zulässig:

a. bei Schlagräumungen, sofern aus waldhygienischen Gründen eine Notwendigkeit besteht;

b. bei Feuerstellen, die die Waldeigentümer gestattet haben.

³ Das zuständige Departement beschliesst ein Konzept zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden und ordnet die zu treffenden Massnahmen an. *

5. Förderungsmassnahmen

5.1. Ausbildung, Beratung, Forschung und Grundlagenbeschaffung

Art. 27 *Ausbildung (Art. 30 WaG)*

¹ Für Personen, die im Wald gewerbsmässig Holzernte- und Motorsägearbeiten ausführen, ist die Grundausbildung nach den Richtlinien der Eidgenössischen forstlichen Ausbildungskommission oder eine gleichwertige Ausbildung obligatorisch. Für Personen mit beruflicher Erfahrung kann die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde Ausnahmen bewilligen. *

² Für die Ausbildung der Waldarbeiter gemäss Artikel 30 WaG sorgt die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde. *

³ *

Art. 28 * *Beratung und Information (Art. 30 und 34 WaG)*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde nimmt die Beratungs- und Informationspflicht gemäss den Artikeln 30 und 34 WaG wahr.

5.2. Finanzierung

Art. 29 * *Grundsätze (Art. 35 WaG)*

¹ Der Kanton fördert Massnahmen in den Bereichen Schutzwald, Biodiversität des Waldes, Waldwirtschaft, Schutz vor Naturereignissen sowie Forschung und Grundlagenbeschaffung.

² Er leistet nach Massgabe von Artikel 30 Förderungsbeiträge, wenn die Massnahmen den Grundsätzen gemäss Artikel 35 Absatz 1 WaG sowie den Zielsetzungen und Prioritäten von Programmvereinbarungen mit dem Bund entsprechen.

³ Die Zusicherung der Beiträge an Waldeigentümer oder anderen Leistungserbringern erfolgt aufgrund von Leistungsvereinbarungen oder im Rahmen von Einzelprojekten.

⁴ Kosten, die aus nachteiligen Nebennutzungen entstehen, werden nicht subventioniert.

⁵ Der Kanton trägt die Kosten für:

- a. die Grundlagenbeschaffung der forstlichen Planung;
- b. die überbetriebliche forstliche Planung;
- c. die Gewinnung und Lagerung des forstlichen Vermehrungsgutes;
- d. die Wildschadenverhütungsmassnahmen, soweit diese nicht durch die Mittel des kantonalen Wildschadenfonds abgedeckt werden können.

Art. 30 * Beiträge (Art. 36–39 WaG)

¹ Der Kanton leistet im Rahmen der bewilligten Budgetkredite Beiträge

- a. von höchstens 90 Prozent an die anerkannten Leistungen für Massnahmen zur Erfüllung der Schutzwaldfunktionen einschliesslich der Verhütung und Behebung von Waldschäden, welche den Schutzwald gefährden;
- b. von höchstens 80 Prozent an die anerkannten Leistungen für Massnahmen zum Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten vor Naturereignissen und zur Förderung der Biodiversität im Wald;
- c. von höchstens 70 Prozent an die anerkannten Leistungen für Massnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Waldbewirtschaftung und der forstlichen Infrastrukturen wie Walderschliessungen und Wald-Weide-Ausscheidungen, sowie für Jungwaldpflege im Nutzwald.

² Bei Einzelprojekten gelten die Höchstansätze gemäss Absatz 1 unter Einbezug von allfälligen Förderungsbeiträgen des Bundes.

³ Die Bemessung der Beiträge richtet sich nach den Kriterien des Bundesgesetzes für die Gewährung der Förderungsbeiträge des Bundes im jeweiligen Massnahmenbereich.

5.3. Forstreservfonds**Art. 31 * Verpflichtung**

¹ Gemeinden und Korporationen mit Waldeigentum sind verpflichtet, Forstreservfonds zu erhalten und zu speisen.

Art. 32 Einlage

¹ In die Forstreservfonds sind einzulegen:

- a. 50 Prozent des Gewinns des Holzproduktionsbetriebs bezogen auf jene Holznutzungen, die den jährlichen Hiebsatz übersteigen;
- b. die Erlöse aus verkauften Waldparzellen und die Entschädigungen für die Einräumung von Dienstbarkeiten;
- c. die durch Rodungen entstehenden Mehrwerte, soweit es sich nicht um Ausgleichsbeiträge gemäss Artikel 6 des Gesetzes handelt;
- d. die Zinsen der Forstreservfonds.

² Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde legt die jährlichen Einlagen gemäss Absatz 1 Buchstabe a fest. *

Art. 33 Entnahmen

¹ Die Forstreservfonds sind für folgende Zwecke bestimmt:

- a. für Zuschüsse an Ertragsausfälle, wenn aus forstlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht der volle Hiebsatz genutzt wird;

IX E/1/1

b. für Beiträge an die Restkosten forstlicher Verbesserungen und Investitionen.

² Die Entnahmen unterliegen der Genehmigung des zuständigen Gemeinderates. *

5.4. Fonds für Walderhaltung

Art. 34 Zweckbestimmung

¹ Der Kanton führt einen Fonds für Walderhaltung. Er ist bestimmt für Massnahmen, für die keine oder nur eine ungenügende Subventionierung möglich ist, insbesondere für:

- a. Neubegründungen von Wald;
- b. Ertragsausfall bei Nutzungsbeschränkungen;
- c. Ablösung von nachteiligen Nutzungen im Sinne von Artikel 16 WaG;
- d. Massnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes im Wald und am Waldrand.

Art. 35 Einlagen

¹ In diesen Fonds sind einzulegen:

- a. Ersatzabgaben gemäss Artikel 5 dieses Gesetzes;
- b. Ausgleichsbeiträge gemäss Artikel 6 dieses Gesetzes;
- c. andere für die Walderhaltung bestimmte Beiträge;
- d. die Zinsen dieses Fonds.

Art. 36 * Entnahmen

¹ Über Entnahmen entscheidet das zuständige Departement.

6. Straf- und Verfahrensbestimmungen

Art. 37 Strafbestimmung (Art. 43 WaG)

¹ Mit Busse bis zu 20'000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich: *

- a. ohne die erforderliche Grundausbildung im Wald gewerbsmässig Holzernte- und Motorsägearbeiten ausführt oder ausführen lässt (Art. 27);
- b. unrechtmässig im Wald Feuer entfacht (Art. 26);
- c. Verfügungen missachtet, die auf dieses Gesetz oder das Bundesgesetz abgestützt sind.

Art. 38 *Enteignungen (Art. 16 und 48 WaG)*

¹ Wenn Massnahmen zur Walderhaltung oder die Erstellung von Bauten und Anlagen zum Schutze vor Naturereignissen es erfordern, können sich der Kanton und die Gemeinden das benötigte Grundeigentum und allfällige Dienstbarkeiten durch Enteignung verschaffen.

² Das Verfahren bei Enteignungen gemäss Absatz 1 sowie gemäss Artikel 16 WaG richtet sich nach den Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch.

Art. 38a * *Verfahrenskoordination*

¹ Die Verfahrenskoordination richtet sich nach den entsprechenden Bestimmungen der Raumentwicklungs- und Baugesetzgebung.

Art. 39 *Rechtsschutz*

¹ Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, richtet sich der Rechtsschutz gegen Verwaltungsentscheide nach dem Verwaltungsrechtspflegengesetz¹⁾.

² Die Beschwerdeinstanz gegenüber raumwirksamen Verfügungen, die in koordinierten Verfahren zu erlassen sind, bestimmt sich nach dem Raumentwicklungs- und Baugesetz. *

7. Forstorganisation; Staatswald; Einschränkung zur Walderhaltung ***Art. 40** *Forstorganisation (Art. 51 WaG)*

¹ Der Regierungsrat bezeichnet das Organ der staatlichen Aufsicht über den Wald. Dieses setzt sich wie folgt aus Fachpersonen zusammen: *

- a. dem Kantonsoberförster oder der Kantonsoberförsterin;
- b. Kreisforstingenieuren oder Kreisforstingenieurinnen.

² Der Regierungsrat ordnet das Waldgebiet geographisch zusammenhängenden Forstkreisen zu; er kann auch für das gesamte Waldgebiet einen einzigen Forstkreis vorsehen. *

³ Der Regierungsrat unterteilt im Einvernehmen mit den Gemeinden die Forstkreise in Forstreviere nach Massgabe der Waldfläche, der Eigentumsstruktur und der forstlichen Verhältnisse. *

⁴ Jedem Revier steht ein diplomierter Förster oder eine diplomierte Försterin vor. Er oder sie wird von der Gemeinde gewählt und untersteht *

- a. in administrativer und betrieblicher Hinsicht der zuständigen Gemeindebehörde;
- b. in fachtechnischer Hinsicht dem Kreisforstingenieur oder der Kreisforstingenieurin bzw. dem Organ der staatlichen Aufsicht.

¹⁾ GS III G/1

IX E/1/1

⁵ *

⁶ Der Regierungsrat erlässt eine Instruktion über die dienstlichen Pflichten und Hoheitsfunktionen der Revierförster und Revierförsterinnen.

Art. 41 * *Staatswald*

¹ Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde übt die Aufsicht über die im Eigentum des Kantons Glarus stehenden Wälder (Staatswald) aus. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die zuständigen Kreisforstingenieure oder die Kreisforstingenieurinnen und Revierförster oder Revierförsterinnen.

Art. 42 * *Einschränkung zur Walderhaltung*

¹ Der Regierungsrat kann nötigenfalls im Interesse der Erhaltung des Waldes und dessen Funktionen weitere Einschränkungen anordnen.

8. Schlussbestimmungen

Art. 43 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden alle ihm widersprechenden Erlasse aufgehoben, insbesondere das Vollziehungsgesetz vom 6. Mai 1906 zum Bundesgesetz vom 11. Oktober 1902 betr. die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei und der Landsgemeindebeschluss vom 4. Mai 1947 über die Schaffung von Forstreservefonds.

Art. 44 *Inkrafttreten*

¹ Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1995 in Kraft.

² Die Artikel 12, 13, 17, 18 und 19 treten nach der Genehmigung durch den Bund in Kraft.¹⁾

¹⁾ Genehm. Eidg. Departement des Innern, 4. Juli 1995

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	SBE Fundstelle
01.05.2005	01.05.2005	Art. 40 Abs. 1	geändert	SBE IX/4 213
07.05.2006	07.05.2006	Art. 1	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 2	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 4	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 6 Abs. 2	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 7 Abs. 1	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 7 Abs. 3	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 7 Abs. 4	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 8	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 10 Abs. 3	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 11 Abs. 2	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 11 Abs. 3	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 14	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 15 Abs. 2	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 15 Abs. 4	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 16 Abs. 1	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 16 Abs. 3	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 17	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 18 Abs. 1	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 18 Abs. 3	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 19	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 20 Abs. 2	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 21 Abs. 1	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 22	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 23	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 24	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 25	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 26 Abs. 3	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 27 Abs. 1	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 27 Abs. 2	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 28	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 30	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 32 Abs. 2	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 33 Abs. 2	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 36	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Titel 7.	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 40 Abs. 1	geändert	SBE X/1 85

IX E/1/1

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	SBE Fundstelle
07.05.2006	07.05.2006	Art. 40 Abs. 4	geändert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 41	totalrevidiert	SBE X/1 85
07.05.2006	07.05.2006	Art. 42	totalrevidiert	SBE X/1 85
06.05.2007	01.01.2008	Art. 27 Abs. 2	geändert	SBE X/5 327
06.05.2007	01.01.2008	Art. 27 Abs. 3	aufgehoben	SBE X/5 327
06.05.2007	01.01.2008	Art. 29	totalrevidiert	SBE X/5 327
06.05.2007	01.01.2008	Art. 30	totalrevidiert	SBE X/5 327
04.05.2008	01.01.2011	Art. 31	totalrevidiert	SBE X/7 510
04.05.2008	01.01.2011	Art. 40 Abs. 3	geändert	SBE X/7 510
04.05.2008	01.01.2011	Art. 40 Abs. 4	geändert	SBE X/7 510
04.05.2008	01.01.2011	Art. 40 Abs. 5	aufgehoben	SBE X/7 510
03.05.2009	01.01.2011	Art. 31	totalrevidiert	SBE XI/3 209
03.05.2009	01.01.2011	Art. 33 Abs. 2	geändert	SBE XI/3 209
02.05.2010	01.07.2011	Art. 4	totalrevidiert	SBE XI/5 383
02.05.2010	01.07.2011	Art. 7 Abs. 3	geändert	SBE XI/5 383
02.05.2010	01.07.2011	Art. 8	totalrevidiert	SBE XI/5 383
02.05.2010	01.07.2011	Art. 13	totalrevidiert	SBE XI/5 383
02.05.2010	01.07.2011	Art. 16 Abs. 2	geändert	SBE XI/5 383
02.05.2010	01.07.2011	Art. 16 Abs. 3	geändert	SBE XI/5 383
02.05.2010	01.07.2011	Art. 38a	eingefügt	SBE XI/5 383
02.05.2010	01.07.2011	Art. 39 Abs. 2	eingefügt	SBE XI/5 383
04.05.2014	01.09.2014	Art. 1 Abs. 1	geändert	SBE 2014 39
04.05.2014	01.09.2014	Art. 7 Abs. 1	aufgehoben	SBE 2014 39
04.05.2014	01.09.2014	Art. 7 Abs. 4	geändert	SBE 2014 39
04.05.2014	01.09.2014	Art. 8 Abs. 1	geändert	SBE 2014 39
04.05.2014	01.09.2014	Art. 9 Abs. 1	geändert	SBE 2014 39
04.05.2014	01.09.2014	Art. 23a	eingefügt	SBE 2014 39
04.05.2014	01.09.2014	Art. 37 Abs. 1	geändert	SBE 2014 39
04.05.2014	01.09.2014	Art. 40 Abs. 2	geändert	SBE 2014 39

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	SBE Fundstelle
Art. 1	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 1 Abs. 1	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 39
Art. 2	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 4	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 4	02.05.2010	01.07.2011	totalrevidiert	SBE XI/5 383
Art. 6 Abs. 2	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 7 Abs. 1	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 7 Abs. 1	04.05.2014	01.09.2014	aufgehoben	SBE 2014 39
Art. 7 Abs. 3	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 7 Abs. 3	02.05.2010	01.07.2011	geändert	SBE XI/5 383
Art. 7 Abs. 4	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 7 Abs. 4	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 39
Art. 8	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 8	02.05.2010	01.07.2011	totalrevidiert	SBE XI/5 383
Art. 8 Abs. 1	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 39
Art. 9 Abs. 1	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 39
Art. 10 Abs. 3	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 11 Abs. 2	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 11 Abs. 3	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 13	02.05.2010	01.07.2011	totalrevidiert	SBE XI/5 383
Art. 14	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 15 Abs. 2	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 15 Abs. 4	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 16 Abs. 1	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 16 Abs. 2	02.05.2010	01.07.2011	geändert	SBE XI/5 383
Art. 16 Abs. 3	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 16 Abs. 3	02.05.2010	01.07.2011	geändert	SBE XI/5 383
Art. 17	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 18 Abs. 1	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 18 Abs. 3	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 19	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 20 Abs. 2	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 21 Abs. 1	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 22	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 23	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 23a	04.05.2014	01.09.2014	eingefügt	SBE 2014 39
Art. 24	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85

IX E/1/1

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	SBE Fundstelle
Art. 25	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 26 Abs. 3	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 27 Abs. 1	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 27 Abs. 2	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 27 Abs. 2	06.05.2007	01.01.2008	geändert	SBE X/5 327
Art. 27 Abs. 3	06.05.2007	01.01.2008	aufgehoben	SBE X/5 327
Art. 28	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 29	06.05.2007	01.01.2008	totalrevidiert	SBE X/5 327
Art. 30	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 30	06.05.2007	01.01.2008	totalrevidiert	SBE X/5 327
Art. 31	04.05.2008	01.01.2011	totalrevidiert	SBE X/7 510
Art. 31	03.05.2009	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/3 209
Art. 32 Abs. 2	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 33 Abs. 2	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 33 Abs. 2	03.05.2009	01.01.2011	geändert	SBE XI/3 209
Art. 36	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 37 Abs. 1	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 39
Art. 38a	02.05.2010	01.07.2011	eingefügt	SBE XI/5 383
Art. 39 Abs. 2	02.05.2010	01.07.2011	eingefügt	SBE XI/5 383
Titel 7.	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 40 Abs. 1	01.05.2005	01.05.2005	geändert	SBE IX/4 213
Art. 40 Abs. 1	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 40 Abs. 2	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 39
Art. 40 Abs. 3	04.05.2008	01.01.2011	geändert	SBE X/7 510
Art. 40 Abs. 4	07.05.2006	07.05.2006	geändert	SBE X/1 85
Art. 40 Abs. 4	04.05.2008	01.01.2011	geändert	SBE X/7 510
Art. 40 Abs. 5	04.05.2008	01.01.2011	aufgehoben	SBE X/7 510
Art. 41	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85
Art. 42	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 85